

**Antrag 69/I/2026****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Kein Pass, keine Rechte? Niemand ist illegal - Auch ohne Staat!**

1 Ende 2024 waren in Deutschland fast 30.000 Menschen  
2 laut Statistischem Bundesamt staatenlos. Nach dem  
3 Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1954 werden  
4 Personen als staatenlos bezeichnet, wenn kein Staat die-  
5 se Personen als Staatsangehörige ansieht. Dies kann da-  
6 durch passieren, dass die Staatsangehörigkeit auf Grund  
7 von fehlenden Dokumenten nicht nachgewiesen wird,  
8 weil bspw. die Geburt nicht registriert wurde oder Per-  
9 sonen wegen ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Ge-  
10 schlechts diskriminiert werden und der Staat diese des-  
11 halb nicht anerkennt. So erhalten etwa viele Tuareg in  
12 Libyen systematisch keine Staatsbürgerschaft, gleiches  
13 gilt für Palästinenser\*innen in bspw. Syrien. Zudem kön-  
14 nen Personen ihre Staatsangehörigkeit verlieren, wenn  
15 der Staat, in dem sie geboren sind, nicht mehr existiert  
16 oder ihnen die Staatsangehörigkeit aberkennt, wie z.B.  
17 das ehemalige Burma den Rohingya die Staatsangehö-  
18 rigkeit aberkannte. In Staaten, in denen Kinder nur die  
19 Staatsbürgerschaft des Vaters übernehmen dürfen, wer-  
20 den Kinder staatenlos, wenn der Vater unbekannt oder die  
21 Vaterschaft nicht anerkannt wird.

22  
23 Die Staatenlosigkeit und auch die ungeklärte Staatsan-  
24 gehörigkeit werden in Deutschland bei Geburt von Eltern  
25 an ihre Kinder weitergegeben, da in Deutschland gebore-  
26 ne Kinder nicht automatisch Staatsbürger\*innen sind. Nur  
27 wenn die Eltern bestimmte Voraussetzungen besitzen –  
28 mindestens ein Elternteil muss seit fünf Jahren rechtmä-  
29 ßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland ha-  
30 ben und zum Zeitpunkt der Geburt ein unbefristetes Auf-  
31 enthaltsrecht besitzen – können in Deutschland geborene  
32 Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Von al-  
33 len Staatenlosen in Deutschland wurden 17.1% in Deutsch-  
34 land geboren (Stand: 2024). Seit 2018 ist diese Zahl ste-  
35 tig angestiegen und ist auf die zuvor genannte Regelung  
36 der Weitervererbung zurückzuführen. Insgesamt sind ein  
37 Viertel aller Staatenlosen Personen in Deutschland Min-  
38 derjährige. 2022 leben 66% der Staatenlosen bereits sechs  
39 Jahren oder länger in Deutschland.

40 Anerkannte Staatenlose erhalten in Deutschland nicht  
41 automatisch einen bestimmten Aufenthaltstitel. Selbst  
42 nach der Anerkennung müssen verschiedene Rechtsnor-  
43 men berücksichtigt werden, die zu einem Aufenthaltsti-  
44 tel führen können. Viele der staatenlosen Personen haben  
45 geringe Chancen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu er-  
46 halten, auch wenn sie in Deutschland geboren sind. Zur  
47 Einbürgerung ist ein unbefristeter Aufenthaltstitel not-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

48 wendig, den 2022 nur 21% der anerkannten Staatenlosen  
49 in Deutschland haben. Mehr als die Hälfte (58%) besitzt  
50 bspw. aus rechtlichen oder politischen Gründen nur einen  
51 befristeten Aufenthaltstitel. So ist die Einbürgerung für  
52 Staatenlose oft sehr unwahrscheinlich, obwohl erleichter-  
53 te Bedingungen für die Einbürgerung staatenloser Perso-  
54 nen gelten (6 statt 8 Jahre rechtmäßiger Aufenthalt).  
55 In Deutschland haben anerkannte Staatenlose offiziell  
56 dieselben Rechte wie ausländische Staatsbürger\*innen.  
57 Zudem gilt, wie zuvor genannt, bspw. ein etwas anderer  
58 Einbürgerungsanspruch. Jedoch zeigen sich in der Realität  
59 bspw. bei der Anzahl der Staatenlosen mit befristeten Auf-  
60 enthaltstitel und dem Nachweis der Identität für die Ein-  
61 bürgerungen deutliche Hürden und Herausforderungen.  
62 Auch im Alltag zeigt sich dies durch Schwierigkeiten beim  
63 Eröffnen von Konten, beim Reisen oder beim Einschreiben  
64 in eine Hochschule. Auch ist es staatenlose Personen nicht  
65 möglich in Deutschland (auch nicht auf kommunaler Ebe-  
66 ne) zu wählen, wodurch ihnen eine wesentliche Möglich-  
67 keit der Mitbestimmung verwehrt wird.

68 Ohne rechtmäßigen Aufenthalt haben Personen in  
69 Deutschland keinen Anspruch auf einen Reiseausweis.  
70 Dieser kann jedoch "wohlwollend" durch die Auslän-  
71 derbehörden erteilt werden. Diese hat somit einen  
72 Ermessensspielraum in der Erteilung von Reiseausweisen.  
73 Stand 28. Februar 2023 hatten nach Angaben der Bundes-  
74 regierung etwa 8.815 der seinerzeit 29.260 als staatenlos  
75 registrierten Personen in Deutschland einen Reiseaus-  
76 weis für Staatenlose. Dies bedeutet, dass für mehr als  
77 der Staatenlosen Personen Reise quasi unmöglich ist.

78 Bis heute gibt es kein einheitliches Verfahren zur  
79 Anerkennung einer Staatenlosigkeit in der Bundes-  
80 republik. Diese werden in großen Teilen auf Landes-  
81 oder kommunaler Ebene entschieden. Auch in der  
82 Staatsbürgerschaftsgesetzes-Reform gab es keine Ände-  
83 rungen für Staatenlose.

84 Laut Art. 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrech-  
85 te hat jeder Mensch das Recht auf Staatsangehörigkeit. Im  
86 internationalen Recht gilt die Vermeidung und die Beseiti-  
87 gung von bestehender Staatenlosigkeit als Ziel. Dies spie-  
88 gelt sich auch in mehreren völkerrechtlichen Übereinkom-  
89 men gegen Staatenlosigkeit wider.

90 Gemäß Artikel 7 der UN-Kinderrechtskonvention hat je-  
91 des Kind das Recht auf den Erwerb einer Staatsangehörig-  
92 keit. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Regelung  
93 des Vertrags im Rahmen der eigenen Rechtsordnung und  
94 der Berücksichtigung der relevanten internationalen Re-  
95 gelungen umzusetzen.

96 Wir wollen den Menschen, die in Deutschland leben, die  
97 Möglichkeit bieten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu  
98 erhalten, wenn sie dies möchten. Die Einbürgerung bie-  
99 tet für staatenlose Personen die Möglichkeit, die Staaten-  
100 losigkeit und die damit eingehenden Auswirkungen zu

101 überwinden.  
102 Die Einbürgerung von Menschen sehen wir als Mehrwert  
103 für die Gesellschaft: sie bildet die real existierende Diver-  
104 sität in Deutschland so ab, dass mehr Personen Politik, die  
105 sie in ihrem Alltag betrifft, mitentscheiden können.

106

107 Wir fordern daher:

108

109 • allgemein die Erarbeitung und Einführung eines ein-  
110 heitlichen Systems zur Anerkennung der Staatenlo-  
111 sigkeit innerhalb der Bundesrepublik

112

113 • eine erleichterte Einbürgerung durch Anpassung  
114 der Voraussetzungen an die Situation und Umstän-  
115 de staatenloser Menschen und Unterstützung bei  
116 Verfahren

117

118 • die Einrichtung von Anlaufstellen für staatenlose  
119 Menschen, um diese bei der Einbürgerung von An-  
120 fang bis Ende zu unterstützen und ggf. auch in juris-  
121 tischen Belangen

122

123 • Die Anforderungen für Einbürgerung für Kinder, die  
124 staatenlos in Deutschland geboren sind sollen bspw  
125 durch die Verringerung der notwendigen Aufent-  
126 haltsdauer gemindert werden

127

128 • langfristig die Anstrebung einer europäischen Lö-  
129 sung, die die speziellen Umstände und Bedürfni-  
130 se von staatenlosen Menschen berücksichtigt und  
131 diesen bei Vorliegen der nötigen Voraussetzungen  
132 und unter Berücksichtigung derer erschwerten Be-  
133 dingungen die Einbürgerung, möglich macht

134

135 • dass sich die Bundesregierung weltweit dafür ein-  
136 setzt, dass die Ursachen für die Entstehung von  
137 Staatenlosigkeit bekämpft werden